



Pressezusammenfassung

zum

Jahresbericht 2008

Brennpunkte

Steueraufkommen und Steuereinnahmen 2007/Staatsschulden 2007 (TNrn. 12, 13)

Wo bleibt das Geld?

Die sehr erfreuliche Entwicklung der Steuereinnahmen hat 2006 und 2007 die Erwartungen weit übertroffen. Der Freistaat Bayern nahm fast 4 Mrd. € mehr an Steuern ein als ursprünglich erwartet.

1 Mrd. € wurde dafür verwendet, um an sich geplante Entnahmen aus bereits bestehenden Rücklagen und den Verkauf von e.on-Aktien zu vermeiden.

300 Mio. € wurden in die Tilgung der bestehenden Kreditmarktschulden gesteckt; diese betragen damit Ende 2007 "nur" noch 22,8 Mrd. €.

1,5 Mrd. € sollen zur Sicherung künftiger Haushalte dienen. Deswegen wurden 2006 bereits 840 Mio. € und 2007 weitere 660 Mio. € einer Rücklage zugeführt, also "auf die hohe Kante" gelegt.

Die "restlichen" Mehreinnahmen, immerhin noch 1,2 Mrd. €, sollen in das Investitionsprogramm "Zukunft Bayern 2020" fließen.

Bayerische Versorgungskammer (TNr. 21)

Berechnungsgrundlagen anpassen!

Die Bayerische Versorgungskammer (BVK) ist eine dem Innenministerium nachgeordnete Behörde und unterliegt dessen Aufsicht. Die BVK verwaltet insgesamt ca. 1,7 Mio. Versicherte. Sie vertritt u. a. die Versorgungswerke der Ärzte, Rechtsanwälte, Steuerberater, Architekten und Apotheker. Ihr Anlagevolumen betrug 2007 ca. 40 Mrd. €. Die berufsständischen Versorgungseinrichtungen laufen Gefahr, ihre Leistungsversprechen nicht einhal-

ten zu können. Zum einen haben sie nicht ausreichend auf die Zinsentwicklung reagiert. Die verfügbaren Mittel für Versorgungsleistungen fallen dadurch deutlich geringer aus. Zum anderen wird die erhöhte Lebenserwartung der Versicherten nicht ausreichend berücksichtigt. Um dem Rechnung zu tragen, müssten einige Versorgungswerke ganz erhebliche Rückstellungen bilden.

Externe Gutachten und Beratung, Forschungsvorhaben (TNr. 15)

Ziele und Ergebnisse unbekannt!

Zwischen 2003 und 2006 haben Staatskanzlei und Ministerien fast 1.000 Aufträge über 5.000 € für insgesamt 120 Mio. € vergeben.

Die Prüfung ergab: Bei fast allen Gutachtensaufträgen wurde nicht geprüft, ob die Leistungen mit eigenem Personal hätten erbracht werden können. 3/4 der Fälle wurden ohne jeden Wettbewerb vergeben. Sehr häufig hat der spätere Auftragnehmer seine Leistungen selbst bestimmt. Der Nutzen für den Staat ist daher oft gering.

Die Initiative für Forschungsaufträge ging überwiegend vom späteren Auftragnehmer aus. Bei 1/3 der Fälle konnte ein Nutzen der Forschungsergebnisse für den Staat nicht festgestellt werden.

Subventionen und Erfolgskontrolle

Investitionsprogramm "Zukunft, Bildung und Betreuung" (TNr. 23)

Hauptsache, das Geld ist draußen?

Um die Infrastruktur im Ganztagsschulbereich zu verbessern, stellte der Bund für die Jahre 2003 bis 2009 über ein Investitionsprogramm 600 Mio. € bereit. An sich sollte hier gezielt gefördert werden. Tatsächlich wurde das Geld unkoordiniert nach dem Prinzip "Wer zuerst kommt, mahlt zuerst" verteilt. Keine entscheidende Rolle spielte, ob die Maßnahme überhaupt geeignet war. Alle Maßnahmen wurden mit dem Höchstsatz von 90 % gefördert. Kein Wunder, dass das Geld dann schnell verbraucht war und das Programm vorzeitig geschlossen werden musste. Doch die Situation im Ganztagsschulbereich war nach wie vor unbefriedigend. Deswegen musste erneut Geld bereitgestellt werden; diesmal aber bayerisches.

Förderung einer neuen Straßenbahnhaltestelle (TNr. 28)

Diese Haltestelle hätte es nicht gebraucht.

Eine Straßenbahnhaltestelle wurde vom Staat mit 6,1 Mio. € gefördert, obwohl es bereits eine gute Verkehrsanbindung gab. Das Verkehrsunternehmen hatte diese Haltestelle zunächst als unwirtschaftlich angesehen. Sie liegt nur einige 100 m von zwei weiteren Haltestellen entfernt. Trotzdem wurde sie gefördert und gebaut.

Mitnahmen und Bagatellförderungen (TNr. 29)

Zu viel Aufwand für wenig!

Kurios: Förderung für Freizeitpferde im ökologischen Landbau

Kleinstförderungen bringen oft nichts, verursachen aber viel Verwaltungsaufwand. So erhalten Landwirte eine Zulage, wenn sie ungünstig gelegene Gebiete bewirtschaften. Würde man dabei auf Bagatellförderungen unter 600 € verzichten, fielen 21.000 Förderverfahren weg. 7,6 Mio. € könnten jährlich eingespart werden. Die Verwaltung förderte auch die Haltung von Sport- und Freizeitpferden im Rahmen des ökologischen Landbaus.

Projektförderung "Nachwachsende Rohstoffe in Bayern" (TNr. 31)

Bei Hackschnitzelanlagen muss der Staat nicht helfen!

Die Staatsregierung wollte durch die Förderung von Biomasseheizwerken erreichen, dass sich nachwachsende Rohstoffe langfristig am Markt behaupten können. Entwickelt hat sich daraus eine Breitenförderung von Hackschnitzelanlagen, obwohl diese auch ohne Förderung wirtschaftlich betrieben werden können.

Zuwendungen aus dem Europäischen Sozialfonds (TNr. 32)

Vergleichbare Projekte mit Kostenunterschieden bis zu 500 %!

Bayern erhält jährlich 40 Mio. € aus dem Europäischen Sozialfonds. Damit werden Projekte finanziert, die Beschäftigungsmöglichkeiten verbessern sollen. Weil die Kosten nicht kritisch hinterfragt wurden, ergaben sich trotz gleicher Bildungsziele immense Kostenunterschiede von bis zu 500 %. So variierten die Kosten für das Bildungspersonal bei Projekten von Langzeitarbeitslosen von 19 bis 92 € pro Unterrichtseinheit. Ob die Maßnahmen die Beschäftigungsmöglichkeiten tatsächlich verbesserten, spielte offenbar keine Rolle. Dieser Zustand wird dadurch begünstigt, dass zu viele Behörden beim Geldausgeben mitmischen.

Sanierung einer Heizzentrale (TNr. 33)

Viel Geld verheizt!

Der Staat hat die Sanierung der Heizzentrale eines Bezirksklinikums mit 5,8 Mio. € gefördert. Die Heizkesselanlage ist doppelt so groß wie nötig. Das Blockheizkraftwerk war nur kurz am Netz und ist seit einigen Jahren wegen eines Schadens außer Betrieb.

Förderung, Entwicklung und Perspektiven neuer Museen (TNr. 37)

Schöne neue Museen, aber wo sind die Besucher?

Zwischen 2000 und 2002 wurden im Freistaat sechs neue Museen gebaut, die der Staat mit insgesamt 200 Mio. € finanziert oder gefördert hat. Die Besucherzahlen gingen bei allen Museen seit der Eröffnung zurück; ganz besonders drastisch beim Neuen Museum in Nürnberg: Dieses hatte im Eröffnungsjahr 2000 noch rund 140.000 Besucher, 2007 waren es nur noch 46.000. Neue Konzeptionen sind dringend nötig!

Strukturen

Entwicklung der Personalausgaben und Stellen (TNr. 16):

Stelleneinsparungen stärker an Aufgabenabbau koppeln!

Um die Personalausgaben zu begrenzen, wurden zahlreiche Stelleneinsparprogramme beschlossen. Seit 1994 wurden fast 15.000 Stellen abgebaut, gleichzeitig aber auch zahlreiche Stellen neu geschaffen. In der Summe wurde die Anzahl der Stellen um knapp 8.000 verringert. Trotzdem haben sich die Personalausgaben erhöht. Dies lag nicht zuletzt daran, dass die Einsparungen meist in den niedrig dotierten Bereichen stattfanden; Neueinstellungen sind dagegen überwiegend im Bildungssektor und bei der Polizei und damit im höher dotierten Bereich erfolgt.

Um Qualitätsverluste zu vermeiden, muss der Stellenabbau stärker mit einem Aufgabenabbau einhergehen.

Gerichtszahlstellen (TNr. 22)

Braucht man noch Gerichtszahlstellen?

Die von den 74 Gerichtszahlstellen bei den Amtsgerichten wahrgenommenen Aufgaben (Einzahlung von Geldstrafen, Auslagenersatz) könnten nahezu vollständig von der Landesjustizkasse erledigt werden. Dadurch würde ein Großteil der dort eingesetzten 57 Vollzeitkräfte frei.

Finanzkassen (TNr. 26)

Umbau notwendig!

Die Finanzkassen sorgen dafür, dass die festgesetzten Steuern rechtzeitig und vollständig erhoben werden. Ca. 20 % der Stellen könnten eingespart werden, wenn die bestehende Organisation rationalisiert und modernisiert würde.

Reform der Vermessungsverwaltung (TNr. 27)

Man muss auch delegieren können!

Im Zuge der Verwaltungsreform wurde die Vermessungsverwaltung grundlegend umorganisiert und die Kompetenz für das gesamte Vermessungswesen beim Landesamt für Vermessung und Geoinformation gebündelt. Doch die Ziele der Verwaltungsreform wurden verfehlt: Nach wie vor koordinieren beim Finanzministerium drei Referate die Arbeit der Vermessungsverwaltung und schalten sich auch weiter in deren operatives Geschäft ein. Zudem wäre beim neu geschaffenen Landesamt statt der drei Regionalabteilungen eine Abteilung für Vermessung ausreichend.

Verwaltung für Ländliche Entwicklung (TNr. 30)

Verlagerung des Amts für Ländliche Entwicklung (ALE) Oberpfalz erheblich teurer.

Die geplante Verlagerung des ALE Oberpfalz von Regensburg nach Tirschenreuth sollte nochmals überdacht werden. Die Kosten werden deutlich höher sein als bisher angenommen.

Organisation

Prüfung der Personalausgaben (TNr. 17)

Beihilfeabrechnung muss optimiert werden!

Der Staat könnte bei den Beihilfeausgaben zwischen 20 und 50 Mio. € jährlich einsparen. Anders als bei den privaten Krankenversicherungen fehlt derzeit in der Beihilfe ein spezielles Prüfprogramm und medizinisches Fachpersonal.

Verwaltung und Bewirtschaftung staatseigener Dienst- und Mietwohnungen (TNr. 18)

Viele Verwalter!

Die 3.000 staatseigenen Wohnungen werden von 250 Behörden verwaltet. Für ein und dasselbe Objekt sind die verschiedensten Behörden zuständig. Deswegen kommt es zu geradezu grotesken Situationen. Bei Wohnungsübergaben erscheinen bis zu 5 Mitarbeiter verschiedener Dienststellen. Die wesentlichen Objektdaten sind nicht feststellbar, die Einnahmen und Ausgaben können nicht den jeweiligen Gebäuden zugeordnet werden. Letztlich trägt keiner die Gesamtverantwortung. Eine Steuerung nach wirtschaftlichen Kriterien ist unter diesen Umständen nicht möglich.

Warenwirtschaftssystem der Polizei (TNr. 19)

Kosten sind aus dem Ruder gelaufen.

Das neue Warenwirtschaftssystem der Polizei hat 16,6 Mio. € gekostet und war damit doppelt so teuer wie geplant. Die Einsparungen von 1,7 Mio. € reichen nicht einmal aus, um die laufenden Systemkosten von 2 Mio. € zu decken. An eine Amortisation der Projektkosten ist gar nicht zu denken.

Organisationsmängel bei den Kfz-Werkstätten der Polizei (TNr. 20)

Mehr Produktivität, weniger Overhead!

Für die Wartung von 8.000 Fahrzeugen unterhält die Polizei 19 eigene Werkstätten, die Personalkosten von 17,5 Mio. € jährlich verursachen. Die Abläufe in den Werkstätten müssen verbessert werden. Nur 60 % der Mitarbeiter sind produktiv tätig, die restlichen 40 % sind im Verwaltungsbereich beschäftigt. Es fallen ganz erhebliche Doppelarbeiten an, da u. a. zwei Informationssysteme parallel eingesetzt werden. Teilweise wird auch noch mit Karteikarten, Loseblattsammlungen und anderen "selbstgestrickten" Hilfsmitteln gearbeitet.

Massenrechtsbehelfe gegen Steuerbescheide (TNr. 24)

1,4 Millionen offene Einspruchsverfahren!

Die Finanzämter werden von Einsprüchen regelrecht überflutet. Diese sind exponentiell angestiegen. Ende 2007 gab es insgesamt 1,4 Millionen offene Einspruchsverfahren.

Um dieses Problem in den Griff zu bekommen, sollte der Gesetzgeber tätig werden, damit der Bürger nicht zwingend Einspruch einlegen muss, um seine Rechte zu wahren. Zudem könnte der überlasteten Steuerverwaltung

geholfen werden, wenn endlich ein IT-Verfahren eingeführt würde.

Renteneinkünfte beschränkt steuerpflichtiger Personen (TNR. 25)

Auslandsrentner faktisch von der Steuer befreit!

Im Ausland lebende Personen erhalten jährlich über 1 Mrd. € Renten. In aller Regel werden diese Einkünfte nicht versteuert. Die Finanzämter kennen weder die Höhe der Renten noch die Anschriften der Empfänger. Sie wissen damit nicht, bei wem sie überhaupt Steuern einzutreiben hätten. Hinzu kommt noch, dass es bislang unterlassen wurde, klar zu regeln, wer für die "Auslandsrentner" überhaupt zuständig ist.

Klinika

Institute für Pathologie, Immunologie, Virologie sowie Mikrobiologie und Hygiene an den bayerischen Universitäten (TNR. 34)

Mehr Effizienz!

Die für die Krankenversorgung erforderlichen Untersuchungen werden von den Instituten der Universitäten durchgeführt. Die Kosten werden aber nicht gegenüber den einzelnen Fachbereichen abgerechnet. Damit fehlt den Ärzten weitgehend der Anreiz zu einem sparsamen und wirtschaftlichen Anforderungsverhalten.

Erhebliche Unterschiede bei den Nutzungsentgelten!

Die Institutsleiter können Leistungen für Privatpatienten gesondert abrechnen. Sie dürfen dabei die Personal- und Sachausstattung des Instituts in Anspruch nehmen, müssen dafür aber Nutzungsentgelte bezahlen. Allerdings fehlt es hier an einer einheitlichen Handhabung.

Auslastung der Operationssäle der Universitätsklinik (TNR. 35)

Zu viele OP-Säle!

OP-Säle gehören zu den teuersten Ressourcen der Klinika. Die Einrichtung eines Saals kostet im Schnitt 3 Mio. €; hinzu kommen jährliche Betriebskosten von bis zu 1 Mio. € pro Saal. Die bestehenden Säle sind derzeit sehr unterschiedlich ausgelastet, 30 von 171 werden nicht benötigt.

In München-Großhadern soll bis 2012 Europas größtes zusammenhängendes OP-Zentrum mit 32 Sälen entstehen. Erst im Jahre 2022 sollen die Kliniken der Innenstadt nach Großhadern verlagert werden. Damit ist ein jahrelanger Leerstand einiger Säle zu erwarten. Wenn bei diesen Sälen zunächst

auf die Ausstattung mit medizinischen Geräten verzichtet würde, ließen sich 8 Mio. € einsparen.

Erschließung eines Klinikgebäudes (TNr. 36)

Unnötig, dafür aber luxuriös!

2 Mio. € wurden für einen gläsernen Verbindungsgang bei einem Klinikgebäude der Universität Erlangen ausgegeben. Dieser ist sehr aufwendig gestaltet. Er verfügt über eine Heizung, eine Sprinkleranlage, ein Sonnenschutzsystem und bewegliche Lamellen-Fenster zur Belüftung, welche über insgesamt 169 elektrische Antriebe gesteuert werden. Für die Erschließung des Klinikgebäudes war der Gang nicht notwendig, da bereits ein unterirdischer Verbindungstunnel und ein Fußweg vorhanden sind.